

Streichungen der Basisfinanzierung bei außeruniversitären Forschungsinstitutionen

Wien, 19. November 2010: Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung nimmt zur aktuellen Diskussion bezüglich der Streichung der Basisfinanzierung für die bis dato vom BMWF unterstützten außeruniversitären Institute Stellung. Die ersatzlose Streichung aller Basissubventionen, deren negative Rezeption (auch in internationalen Medien) dem Wissensstandort Österreich schaden könnte, ist durch eine Lösung zu ersetzen, die die leistungsfähigen Bereiche der außeruniversitären Forschung erhält. Es soll auch betont werden, dass dabei die vom BMWF subventionierten Institutionen angesprochen sind.

Der Sektor der außeruniversitären Forschung ist eine wichtige Säule im österreichischen Forschungssystem. Die historische Entwicklung hat eine Vielzahl von Instituten hervorgebracht, die in einem ausdifferenzierten strukturellen und inhaltlichen Rahmen unterschiedlichste Leistungen erbringen. Über deren Rolle und deren Impact im österreichischen Innovationssystem gibt es jedoch bislang kaum grundlegende empirische Erhebungen.

Eine gewisse Vielfalt mag zwar Kreativität und Wettbewerb fördern, führt aber gleichzeitig auch zu einer überwiegend kleinteiligen Struktur mit hohen Fixkosten und teilweise ineffizienten Parallelstrukturen. Basissubventionen tragen dazu bei, diese Strukturen zu verfestigen. Daraus ergibt sich auch, dass Institute fortgeführt werden, die sich im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb oder im Wettbewerb um kompetitiv vergebene Mittel nicht bewähren können.

Der Rat anerkennt die Notwendigkeit einer Budgetkonsolidierung – ein undifferenzierter „Kahlschlag“ in diesem Bereich würde allerdings mehr Schaden als Nutzen ergeben.

Die Problematik geht über die von der aktuellen Streichung der Basisfinanzierung betroffenen 74 Institutionen hinaus. Allein im Bereich der Geistes-, Sozial-, Kulturwissenschaften (GSK) wurden (Stand 2008) 306 Institutionen identifiziert, die großteils aus regionalen Mitteln unterstützt werden und in den Lösungsprozess eingebunden werden müssen.

Rat für Forschung und
Technologieentwicklung

Pestalozziggasse 4 / D1
A-1010 Wien
Tel.: +43 (1) 713 14 14 – 0
Fax: +43 (1) 713 14 14 – 99
E-Mail: office@rat-fte.at
Internet: www.rat-fte.at

FN 252020 v
DVR: 2110849

Der Rat stellt fest:

Eine undifferenzierte budgetäre Reduktion in diesem außeruniversitären Sektor würde nicht der verlautbarten Ambition der Bundesregierung, in den Kreis der „Innovation Leader“ vorzustoßen, entsprechen.

Der Bereich ist einer inhaltlichen und strukturellen Bewertung zu unterziehen, bevor budgetäre Konsequenzen gezogen werden können.

Die Initiative des BMWF zu einer Bewertung der Leistungen und Neuordnung des außeruniversitären Sektors wird vollinhaltlich unterstützt.

Die gemeinsame Interessenslage ist durch Einzelkontakte mit den betroffenen Institutionen abzuklären. In jenen Fällen, bei denen sich bereits Lösungen abzeichnen (beispielsweise durch die Eingliederung der entsprechenden Institutionen in Universitäten), sind diese so rasch als möglich umzusetzen.

Die Länder sind in weiterer Folge in den Diskussionsprozess einzubeziehen, da andernfalls eine Verlagerung aus den Bundessubventionen in regionale Mittelansätze provoziert wird, die das Problem nicht löst, sondern lediglich verschiebt.

Der Rat schlägt unter seiner Federführung eine Gesamtevaluierung des außeruniversitären Sektors vor, der die betroffenen Institutionen und ihren Beitrag zum österreichischen Forschungssystem sowie zum Wirtschaftsstandort Österreich bewertet. Dieses Ziel wurde auch in der nach wie vor unveröffentlichten FTI-Strategie des Bundes formuliert.

Als Folge dieser Evaluierung kann ein Konzept zugunsten von mehr Effizienz und damit auch von sinnvollen Einsparungen ausgearbeitet werden. Darauf aufbauend lassen sich so auch klarere Rollenbilder und konkrete Leistungsziele definieren.

Die Ratsversammlung